Landeshauptstadt Magdeburg
Die Oberbürgermeisterin

Magdeburg, 23.08.23

Niederschrift

Gremium	Sitzung - GESO/043(VII)/23			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Gesundheits- und Sozialausschuss	Mittwoch, 21.06.2023	Franckesaal	17:00 Uhr	18:00 Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

2 Bestätigung der Tagesordnung

3 Genehmigung der Niederschrift vom 24.05.2023

4 Anträge

4.1 Einführung einer „Magdeburger Kulturkarte“ A0065/23
BE: SPD-Stadtratsfraktion

4.1.1 Einführung einer „Magdeburger Kulturkarte“ S0217/23
BE: FB 42

4.2 Freitische an Magdeburger Grundschulen A0139/22
BE: Fraktion DIE LINKE

4.2.1 Freitische an Magdeburger Grundschulen A0139/22/1
BE: Fraktion DIE LINKE

4.2.2	Freitische an Magdeburger Grundschulen	A0139/22/1/1
4.2.3	Freitische an Magdeburger Grundschulen BE: FB 40	S0381/22
5	Informationen	
5.1	Situationsbericht 2023 zur Pflegeentwicklung in Magdeburg BE: V/02	I0139/23
5.2	Information zur Berichterstattung des Beirates für Integration/Integrationsbeauftragten für das Jahr 2021 BE: Integrationsbeauftragter, Herr Blau	I0109/23
6	Verschiedenes	

Anwesend:

Vorsitzende/r
Matthias Borowiak
Mitglieder des Gremiums
Tobias Baum
Matthias Boxhorn
Oliver Kirchner
Evelin Schulz
Roland Zander
Sachkundige Einwohner/innen
Thorsten Giefers
Carlo Reifgerste
Geschäftsführung
Kathleen Uniewski

Julia Brandt

Mitglieder des Gremiums
Dr. Thomas Wiebe
Sachkundige Einwohner/innen
Vincent Schwenke

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende, Stadtrat Borowiak, eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit mit 7 anwesenden Stadträtinnen und Stadträten fest. Die Einladung erfolgte form- und fristgerecht.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Der TOP 4.2 Freitische an Magdeburger Grundschulen wird um den TOP4.2.2 Änderungsantrag A0139/22/1/1 ergänzt. Die I0109/23 – Information zur Berichterstattung des Beirates für Integration/Integrationsbeauftragten für das Jahr 2021 wird auf die nächste Sitzung vertagt, da der Integrationsbeauftragte heute bei der Vergabe des Landesintegrationspreises eingebunden ist.
Die Tagesordnung wird in der geänderten Form bestätigt.
Abstimmung: 7-0-0

3. Genehmigung der Niederschrift vom 24.05.2023

Die Niederschrift vom 24.05.2023 wird in der vorliegenden Form bestätigt.
Abstimmung 5-0-2

4. Anträge

4.1. Einführung einer „Magdeburger Kulturkarte“
Vorlage: A0065/23
4.1.1. Einführung einer „Magdeburger Kulturkarte“
Vorlage: S0217/23

Stadträtin Brandt, bringt in Vertretung für Stadtrat Wiebe, den Antrag der SEP-Stadtratsfraktion „Einführung einer „Magdeburger Kulturkarte“ ein. Frau Schweidler nimmt für die Verwaltung Stellung. Die LH Magdeburg verfügt weder über die personellen noch über die (infra-)strukturellen Ressourcen, um ein solchen Eintrittskartensystem einzuführen. Die differenzierte Gestaltung der Eintrittspreise in den städtischen Kultureinrichtungen gemäß den geltenden Entgeltordnungen trägt diesem Anliegen aus Sicht der Verwaltung mit entsprechend Abonnements-, Jahreskarten- oder Vorverkaufsoptionen bzw. Rabattsystemen bereits Rechnung (z. B. die Theater-Magdeburg-Card, Kombi-Ticket für die Museen). Stadträtin E. Schulz: Sind den die Kosten schon klar? Frau Schweidler: Kosten sind nicht abschätzbar, für kostenlose Eintritte und die Software wird mit Millionenbeträgen gerechnet. Stadtrat Boxhorn; Vorschlag lobenswert aber aktuell keine finanziellen Mittel. Stadtrat Kirchner: finanzielle Mittel fehlen, vorgeschlagenes System kompliziert.
Der Ausschussvorsitzende stehlt den A0065/23 zur Abstimmung.
Abstimmung: 1-4-2
Der A0065/23 wird nicht zur Beschlussfassung empfohlen.
Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

4.2. Freitische an Magdeburger Grundschulen
Vorlage: A0139/22

4.2.1. Freitische an Magdeburger Grundschulen
Vorlage: A0139/22/1

4.2.2. Freitische an Magdeburger Grundschulen
Vorlage: A0139/22/1/1

4.2.3. Freitische an Magdeburger Grundschulen
Vorlage: S0381/22

Frau Althaus nimmt für die Verwaltung Stellung. Zunächst ist das Grundanliegen des Antrages, bedürftigen Kindern und Jugendlichen ein kostenfreies Mittagessen zu ermöglichen, absolut zu unterstützen. Eine erneute Stellungnahme der Verwaltung zum Änderungsantrag liegt vor. Zusammenfassend ist laut Stellungnahme einzuschätzen, dass grade, weil die Ansprüche auf Freitische neben dem Anspruch auf Sozialleistungen, hier insbesondere den Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes, bestehen und eben nur in „besonderen Einzelfällen“ zu gewähren sind, eine Richtlinie dieser Leistungsart nicht in jedem Fall gerecht werden kann. Der Anspruch auf Freitisch als nachrangiges und damit letztes Mittel kann nur auf der Grundlage einer sehr individuellen Prüfung des Einzelfalls unter Einbeziehung der Schule, der Schulsozialarbeit, des Schulträgers sowie des Jugend- und Sozialamtes erfolgen. Die Verwaltung kann den Antrag aus den in der Stellungnahme aufgeführten Gründen nicht unterstützen. Die Stellungnahme wurde in Zusammenarbeit mit dem Rechts-, Jugend- und Sozialamt gefertigt. Stadtrat Borowiak hinterfragt die Anzahl der Anspruchsberechtigten. Frau Althaus: wenige Anspruchsberechtigte, da meistens BuT-Leistungen in Anspruch genommen werden. Stadträtin Brandt: Aufmerksamkeit soll erreicht werden, Focus auf Kinder und Jugendliche in Notlage, ein einfaches Antragsformular sowie Hilfe bei der Antragstellung sollte erreicht werden. Der Ausschussvorsitzende, Stadtrat Borowiak, stellt die Anträge zur Abstimmung:
A0139/22/1/1
Abstimmung: 1-3-3 – nicht empfohlen
A0139/22/1
Abstimmung: 0-3-4 – nicht empfohlen
A0139/22
Abstimmung: 0-3-4 – nicht empfohlen
Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.

5. Informationen

5.1. Situationsbericht 2023 zur Pflegeentwicklung in Magdeburg
Vorlage: I0139/23

Herr Dr. Gottschalk führt in den Situationsbericht ein. Frau Schwarz führt weiter aus. Es ist auch weiterhin mit einem Anstieg der Zahl der pflegebedürftigen Personen aufgrund des Anteils älterer Menschen zu rechen. Frau Schwarz informiert über Pflegeeinrichtungen und Pflegeplätze.

Eine direkte Einflussnahme auf die Entwicklung ist durch die LH Magdeburg nur eingeschränkt möglich, da die Kommune rechtlich nicht für die Zulassung von ambulanten und stationären Pflegediensten zuständig ist. Über das kommunale Unternehmen „Wohnen und Pflegen“ kann seitens der Stadt zu einem bedarfsgerechten Angebot an Pflegeleistungen beigetragen werden. Neben der Zunahme der Zahl der pflegebedürften Menschen ist auch eine weitere Steigerung der Kosten und der durch die Betroffenen zu tragenden Eigenanteile zu erwarten. Hierbei steht zu befürchten, dass auch der Anteil derjenigen zunehmen wird, die diese Kosten nicht selbst tragen könne und auf Sozialhilfeleistungen angewiesen sind.
Hilfe zur Pflege Sozial- und Wohnungsamt aktuell (Stand Mai): 1.405 Fälle, 460 noch nicht bearbeitet, ca. 40 – 50 Neuanträge. Dr. Gottschalk: von Landesseite muss ein direkter Einfluss möglich gemacht werden. Ca. 40 – 50 % sind auf Sozialhilfe angewiesen, Risikoplanung wichtig. Es ist dringend erforderlich, die Anstrengungen zur Umsetzung von nachhaltigen Maßnahmen zur Sicherung der Personalausstattung im entsprechenden Leistungsbereich des Sozial- und Wohnungsamtes zu intensivieren.

5.2. Information zur Berichterstattung des Beirates für Integration/Integrationsbeauftragten für das Jahr 2021 Vorlage: I0109/23

Die Information wird vertagt.

6. Verschiedenes

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Matthias Borowiak
Vorsitzender

Kathleen Uniewski
Schriftführerin